Fraktion im
Deutschen Bundestag

CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

Steffen Bilger MdB
Stellvertretender Vorsitzender

T 030. 227-73023
F 030. 227-2373023

steffen.bilger@bundestag.de

Albert Stegemann MdB
Vorsitzender der AG Ernährung
und Landwirtschaft

T 030. 227-77155
F 030. 227-70153

albert.stegemann@bundestag.de

Platz der Republik 1
11011 Berlin

www.cducsu.de

An die Mitglieder
der CDU/CSU-Fraktion
im Deutschen Bundestag
- im Hause -

Berlin, 11. Dezember 2023

Halbzeitbilanz von Bundeslandwirtschaftsminister Özdemir

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

nicht erst seit der Haushaltsbruchlandung der Regierungskoalition wird offensichtlich, dass Deutschland unter Wert regiert wird. Dazu leistet leider auch Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir weiterhin einen verlässlichen Beitrag. In Zeiten großer internationaler Konflikte und Bedrohungen sowie enormer ökonomischer und ökologischer Herausforderungen muss die Ernährungs- und Landwirtschaftspolitik noch stärker als sonst einen Sinn für das Pragmatische und das Machbare entwickeln und auf Grundlage von Fakten handeln. Die Bilanz von Minister Özdemir zur voraussichtlichen Hälfte seiner Amtszeit zeigt: er ist dafür der falsche Mann.

Seine Ankündigungs-Rhetorik mag anders klingen, aber er verfolgt eine einseitig grüne Agenda. Das zeigen zum Beispiel die vollkommen verqueren Pläne für **Lebensmittelwerbeverbote.** Er macht sich für ein Bevormundungsgesetz erster Güte stark, das es bislang erfreulicherweise nicht über das Entwurfsstadium hinausgeschafft hat. Der Gesetzentwurf zielt mitnichten ausschließlich auf an Kinder gerichtete Werbung oder spezielle, ungesunde „Kinder-Lebensmittel“. Als gesetzgeberische „Schrotflinte“ erfasst es alle Lebensmittel, auch regionale Spezialitäten (Ahle Wurst, Maultaschen), die zum Teil sehr niedrig gelegte Grenzwerte von Zucker, Fett und Salz überschreiten.

Wissenschaftlichkeit lässt Minister Özdemir in grüner Manier nur dann gelten, wenn sie ins eigene Weltbild passt. Deshalb werden wir auch streng darauf achten, dass das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) aus der jüngsten, wissenschaftlich basierten Entscheidung der EU-Kommission, den Wirkstoff **Glyphosat** für weitere zehn Jahre zuzulassen, die richtigen Schlüsse zieht, einen Konflikt des deutschen Rechts mit dem europäischen verhindert und keine weiteren nationalen Einschränkungen

und Verbote erlässt. Gleiches gilt bei der Zulassung von innovativen Pflanzenschutzmitteln.

Auf europäischer Ebene handelt Özdemir auch in anderen Fragen nicht im Interesse der deutschen Landwirtschaft: So hat er eine erneute **Aussetzung der GAP-Flächenstilllegungen für 2024** nicht unterstützt. Bei den kürzlich im Europäischen Parlament gescheiterten **EU-Pflanzenschutzplänen (SUR)**, die vollkommen überzogene Reduktionsziele und Pauschalverbote vorsahen und die für viele Landwirte und Winzer einem Berufsverbot gleichgekommen wären, hat er zwar immer wieder erklärt, wie problematisch er die von der EU-Kommission vorgeschlagenen Regelungen im Detail findet. Die Verhandlungen im Rat hat er aber weiterlaufen lassen – stets mit dem Hinweis, dass er die angestrebten Ziele teile. Es ist keineswegs dem deutschen Landwirtschaftsminister zu verdanken, dass die SUR nun gescheitert ist, sondern vor allem dem Einsatz unserer Europaabgeordneten der Europäischen Volkspartei.

Als besonders fatal erweist sich die von Bundesumweltministerin Lemke und Bundeslandwirtschaftsminister Özdemir öffentlich gepflegte „Hausfreundschaft“ zwischen dem BMEL und dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV). Das BMUV ist in dieser Beziehung eindeutig die bestimmende Kraft. Dies belegt der jüngst bekannt gewordene Entwurf des **Bundeswaldgesetzes**, der von den Waldeigentümern, der Forstwirtschaft und der Wissenschaft mit sehr guten Gründen rundweg abgelehnt wird. Denn es stellt diejenigen, die sich tagtäglich um den Wald kümmern, unter Generalverdacht, schafft neue Bürokratie und sieht Straftatbestände und Ordnungswidrigkeiten vor.

Auch beim Umgang mit dem **Wolf** bestimmt das BMUV den Kurs. Die Koalition scheut jede noch so kleine bundesrechtliche Verschärfung für ein vorbeugendes Bestandsmanagement zur Begrenzung der Wolfspopulationen. Mit einer erleichterten Entnahme von Wölfen, nachdem es zu einem Übergriff gekommen ist, wird die Bundesregierung dem Problem und den großen Sorgen der Weidetierhalter sowie der Menschen im ländlichen Raum in keiner Weise gerecht. Es ist dramatisch, aber nur konsequent, wenn Landwirtschafts-, Jagd- und Weidetierhalterverbände jetzt die Zusammenarbeit mit dem BMEL bei diesem Thema aufgekündigt haben. Dieses Scheitern hat Minister Özdemir durch seine Tatenlosigkeit persönlich zu verantworten.

Bislang nur als Fragmente erkennbar sind die Maßnahmen zur **Förderung des Tierwohls**. Die Haltungskennzeichnung beschränkt sich vorerst auf frisches Schweinefleisch, das von in Deutschland gehaltenen Tieren stammt. Investitionsbereiten Tierhaltern fehlt jede Planungssicherheit, weil es keine

langfristige staatliche Förderperspektive gibt. Die dauerhafte Finanzierung der deutlich höheren Kosten des Stallumbaus für höhere Haltungsstandards bleibt weiterhin komplett offen – dabei war ein tragfähiges langfristiges Finanzierungskonzept die Grundlage der Einigung in der so genannten „Borchert-Kommission", die mittlerweile – wer mag es den Mitgliedern verdenken – ihre Arbeit eingestellt hat.

Anstatt zusätzlicher Mittel müssen die Landwirte und der ländliche Raum mit weniger Geld klarkommen: die Gelder für die **Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes"** sollen nach dem Willen der Koalition im Bundeshaushalt 2024 signifikant gekürzt werden. Bewährte Bund-Länder-Förderprogramme stehen damit auf der Kippe.

Minister Özdemir hat keinen Bezug zu **Innovationen** in der Land- und Ernährungswirtschaft, mit denen die Ernährungssicherung gestärkt und dem Klimawandel begegnet werden könnte. Egal, ob bei neuen Züchtungsmethoden, innovativen Pflanzenschutzmitteln oder dem Einsatz digitaler Technologien in der Landwirtschaft – das BMEL unterlässt hier sträflich die notwendigen Impulse.

Unser Fazit: die Politik von Minister Özdemir beschränkt sich weitgehend auf öffentlichkeitswirksame Ankündigungen sowie medienträchtig geäußerte Wünsche oder Forderungen gegenüber den eigenen Koalitionspartnern – die Substanz bleibt auf der Strecke.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, CDU und CSU wollen das besser machen. Uns geht es um eine zukunftsfähige Landwirtschafts- und Ernährungspolitik, die eine nachhaltige Ressourcennutzung, gute Einkommen für die deutschen Bauern und den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen zu einem vernünftigen Ausgleich bringt. Wir wollen wieder ein Umfeld für Investitionen, Innovationen und die Entfesselung unserer Land- und Ernährungswirtschaft von bürokratischen Lasten schaffen.

Mit freundlichen Grüßen

Steffen Bilger MdB

Albert Stegemann MdB